

Energie Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Per E-Mail an: wechsel-vo@e-control.at

Kontakt
Dr. Christian Peter
MMag. Dominik Lindner

DW
210
213

Unser Zeichen
Dr. Pt/MMag. DL/Ha -
15/2012

Ihr Zeichen

Datum
16.04.2012

Stellungnahme zur Verordnung der Energie Control Austria über den Lieferantenwechsel, die Neuanmeldung, die Abmeldung und den Widerspruch (Wechselverordnung Strom 2012)

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken für die Übermittlung des Entwurfs für eine Wechselverordnung Strom 2012 und nehmen dazu wie folgt Stellung:

Grundsätzliches

1. Zunächst ist vorzuschicken, dass in monatelanger Arbeit in der gesamten Branche mit der Regulierungsbehörde und unter Einbeziehung externer Berater eine gemeinsame, kundenorientierte Lösung ausgearbeitet wurde. Die vorliegende Verordnung sollte nach dem gemeinsamen Verständnis eine Zusammenfassung der Ergebnisse dieser Arbeit sein. Dies ist allerdings bedauerlicherweise nicht der Fall, zumal zahlreiche ausführlich erörterte Probleme nicht bzw. anders gelöst sind als in den Arbeitsgruppen ausgearbeitet wurde. Die Anmerkungen der Branche wurden nur ganz vereinzelt in den Verordnungsentwurf aufgenommen. Scheinbare Klarstellungen erfolgen oftmals lediglich in den Erläuternden Bemerkungen und darüber hinaus oft ohne gesetzliche Ermächtigung. Wesentliche und mehrfach eingebrachte Kritikpunkte der Branche, etwa die Regelung über die Vollmacht oder die gesetzlose Hereinnahme des Widerspruchs, wurden nicht berücksichtigt bzw. die bestehenden Problemlagen noch verstärkt (etwa durch die kompetenzlosen Ausführungen zur elektronischen Vollmacht oder zu Einsichtsrechten der E-Control).

Wir fordern daher, dass Klarstellungen, soweit sie gesetzlich gedeckt sind, in den

Verordnungstext oder den Anhang zur Verordnung aufgenommen werden, um Rechtssicherheit zu schaffen.

2. **Der Termin für die Inkraftsetzung 02.01.2013 ist nach wie vor unrealistisch und wird seitens der Lieferanten und Netzbetreiber mit Nachdruck abgelehnt. Der VO-Entwurf ist derzeit so unpräzise und unstrukturiert gestaltet, dass eine operative IT-Implementierung auf dieser Grundlage nicht möglich ist** (z. B. Datenformate, welche Daten werden von Netzbetreibern bzw. von Lieferanten zurückgemeldet etc.). Laut Auskunft der IT-Anbieter ist eine Implementierung frühestens bis Mitte 2013 realisierbar. **Wir zweifeln vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der operativen Praxis und den Angaben Externer massiv den von der ECA vorgestellten Zeithorizont an, zumal die einvernehmlich mit der ECA festgelegten Prämissen aus den folgenden wesentlichen Gründen nicht sichergestellt sind:**
- Die Branche ist von Dritten abhängig und steht selbst bei den Kunden in der Pflicht. Die Lieferanten und Netzbetreiber sind im Falle der Nichtfunktionalität von massiven wirtschaftlichen Konsequenzen bedroht (Stichwort: Back-To-Back-Beschaffung im volatilen Großhandelsmarkt, Haftung der Netzbetreiber etc.)
 - Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind verschiedene erfolgs- und zeitkritische Prozesse und Rahmenbedingungen mit unbekannten Auswirkungen auf die Umsetzung noch nicht definiert:
 - Prozesse wie z.B. Anmeldung eines Nachfolgers bei Auszug, Rückmeldungsprozesse etc.
 - IT-technische Definitionen bezüglich der Beschreibung der inhaltlichen Datenstruktur die Wechseldaten betreffend (Feldstruktur, Hierarchie etc.)
 - technische Spezifikation der Datenaustauschformate zwischen Marktteilnehmern und Wechsel- bzw. Kommunikationsplattform
 - Schnittstellendefinitionen.

Nach Vorliegen der Verordnung müssen noch die Details zum Datenaustausch (wie in den Erläuterungen angesprochen via Sonstiger Marktregeln) sowie auch die Fehlermeldungen und sonstigen Meldungen definiert werden. Zudem sind noch eine Vielzahl an Fragen und Details zu den Prozessen zu klären.

Erst nach Klärung bzw. Vorliegen der Sonstigen Marktregeln kann eine Umsetzung gestartet werden.

3. Vor diesem Hintergrund **weisen wir nachdrücklich auf das Gefährdungspotential bei Nichtfunktionalität hin. Wir unterstreichen, dass die Frage der Einhaltung des Zielhorizontes auf Basis der technischen Machbarkeit zu beurteilen ist. Kritische Prämissen, die mit der ECA einvernehmlich festgelegt wurden, sind Rechtssicherheit, Funktionalität, Präzision, Qualität, technische Sicherheit und Einhaltung des Datenschutzes.**
- Diese Prämissen sind vor dem Hintergrund des VO-Entwurfs in dieser Frist mit Sicherheit nicht zu gewährleisten.**

4. Der Entwurf verlässt an zahlreichen Stellen den Boden des geltenden Rechts und einer Reihe von Verordnungsregelungen mangelt es an der gesetzlichen Deckung. Dies betrifft insbesondere die Regelung von zivilrechtlichen Inhalten in der Verordnung, die jedenfalls ausdrücklich abzulehnen ist; dies bleibt dem Gesetzgeber vorbehalten. Soweit technische Regelungen in zivilrechtliche Verträge eingreifen, haben letztere Vorrang und dürfen im Rahmen der zivilrechtlichen Privatautonomie nicht in unzulässiger Weise in die Vertragsgestaltung des Lieferanten und dessen Beziehung zum Kunden eingreifen. **Wir fordern, dass die Verordnung nicht über die im Rahmen des § 76 Abs. 1 EIWOG 2010 vorgesehene gesetzliche Ermächtigung hinausgeht.**
5. **Die sich aus dem Anhang ergebende Verkürzung der Gesamtdauer des Wechsels von 3 Wochen auf 12 Arbeitstage** steht im Widerspruch zu den gesetzlichen und EU-rechtlichen Vorgaben und **wird abgelehnt.**
6. Der Verordnungsentwurf sieht die Festlegung von Fristen in Stunden und nicht in Arbeitstagen vor. Dies würde die Bereitstellung von Personal zur Abwicklung von Prozessen außerhalb der Normalarbeitszeit erfordern (d. h. Aktivitäten oder Prüfungsmaßnahmen durch Mitarbeiter). Dies ist **unzumutbar und es wäre daher wie in der Vergangenheit auf Arbeitstage abzustellen.**

Aus den angeführten Gründen und wie sich auch aus den folgenden Detailausführungen ergibt, wäre eine Implementierung des neuen Wechselprozesses nicht umsetzbar. Der vorliegende Verordnungsentwurf bedarf daher einer umfassenden und tiefgreifenden Überarbeitung.

Da die für die Begutachtung dieses Entwurfs über die Osterfeiertage eingeräumte Zeit sehr knapp bemessen wurde, kann diese Stellungnahme keinesfalls als abschließend angesehen werden.

Unbeschadet der angeführten gravierenden Bedenken merken wir zu den einzelnen Bestimmungen des Verordnungsentwurfs an:

Zu § 2 (Begriffsbestimmungen):

Z. 4 lautet: *„Lieferantenwechsel“ die Zählpunkt- und Endverbraucheridentifikation sowie die Bindungs- und Kündigungsfristenabfrage und den eigentlichen Wechsel;*

Die Bindungs- und Kündigungsfristenabfrage sind zivilrechtlicher Natur und können mit dem Lieferantenwechsel nicht direkt in Verbindung gebracht werden. Die Wortfolge *„sowie die Bindungs- und Kündigungsfristenabfrage“* wäre daher zu streichen.

Zu § 1, § 2 Z 9 und § 3 Abs. 3:

Der Wechsel und die Verordnungskompetenz der ECA findet sich nur in § 76 Abs 1 EIWOG. **Die Kompetenz bezieht sich auf „das für den Wechsel des Lieferanten und der Bilanz-**

gruppe sowie das für die Neuanmeldung von Endverbrauchern maßgebliche Verfahren“.

Darüber hinausgehende Kompetenzen, wie etwa zur Regelung des Widerspruchs gemäß § 80 Abs. 2 EIWOG, stehen der ECA nicht zu. Die ECA überschreitet diesbezüglich ihre Befugnisse. Die von der ECA mitgeteilte Begründung, ein solches Verfahren wäre zweckmäßig, zeigt im Übrigen, dass die ECA selbst gar nicht von einer rechtlichen Berechtigung ausgeht.

Der Begriff „Wechsel im eigentlichen Sinn“ ist jedenfalls zu definieren. Damit könnten mehrere offene Fragen aus dem weiteren Verordnungswortlaut gelöst werden.

In § 2 Z 9 müsste klargestellt werden, dass der Wechseltermin nur im Zuge des Lieferantenwechsels möglich ist.

Zu § 3 (Einleitung und Durchführung der Verfahren):

Zu Abs. 1: Die Bestimmung ist irreführend. Die Möglichkeit für den Endverbraucher, die Einleitung und Durchführung der Verfahren beim Netzbetreiber an jedem Arbeitstag beantragen zu können, stimmt nicht mit der sonstigen Konzeption der Verordnung überein. Es ist einerseits immer ein Liefervertrag nötig, um eine Anlage in Betrieb nehmen zu können (Netznutzungsvertrag), sodass der Endverbraucher nicht direkt beim Netzbetreiber den Wechsel beantragen kann. Andererseits sieht § 3 Abs 3 vor, dass die Einleitung und Durchführung sämtlicher Verfahren über die Wechselform und automatisiert zu erfolgen haben, sofern nicht im Anhang zu dieser Verordnung ausdrücklich anderes vorgesehen ist. Somit kann der Endverbraucher keine Einleitung und Durchführung beantragen, zumal diese Plattform nur für Lieferanten und Netzbetreiber zugänglich ist. Jedenfalls muss der neue Lieferant erster Ansprechpartner für die Durchführung des Wechsels oder der Neuanmeldung sein, wie dies auch in den Erläuternden Bemerkungen ausgeführt wird.

Zu Abs 2: Unklar ist, warum der Gesetzeswortlaut des § 76 Abs. 1 EIWOG 2010 („*unbeschadet weiterer bestehender zivilrechtlicher Verpflichtungen*“) um die Wortfolge „*und unter Berücksichtigung der Fristen im Anhang*“ erweitert wurde.

Gesetzlich steht der ECA eine Auferlegung einer solchen Verpflichtung nicht zu, zumal ihr hierzu die Kompetenz fehlt.

Nicht nachvollziehbar sind weiters die Ausführungen in den Erläuternden Bemerkungen, wonach „(d)ie Regulierungsbehörde [...] halbjährlich nach In-Kraft-Treten dieser Verordnung prüfen *[kann]*, ob ein kürzerer Zeitraum im Sinne des § 3 Abs. 2 technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Liegen beide Voraussetzungen vor, kann die Regulierungsbehörde den Zeitraum der Wechselfrist verkürzen. **Weder im Verordnungstext noch im Gesetzestext findet diese Vorgehensweise Deckung. Die Erläuterungen scheinen der Behörde hier eine Kompetenz zubilligen zu wollen, die dieser weder vom Gesetzes- noch vom Verordnungstext her zusteht.**

Zu Abs. 3: „Die Einleitung und Durchführung sämtlicher Verfahren ... “ - diese Formulierung ist unzulässig, denn dafür fehlt die gesetzliche Grundlage (siehe auch oben).

Zu Abs. 4: Der Lieferbeginn an jedem Tag ist nur für Anlagen in Betrieb möglich und kann keinesfalls für Anlagen gelten, die eine Vor-Ort-Tätigkeit erfordern würden. Auch im verkürzten Verfahren ist eine Anmeldung nicht an jedem Tag möglich. Gleiches gilt für die Abschaltung. Ein Hinweis in den Erläuternden Bemerkungen ist hier nicht ausreichend.

Zu § 4 (Willenserklärung und Vertretung):

Es ist derzeit von den Netzkunden gepflegte Praxis, beim Auszug aus einer Wohnung ihren Strombezug (Gasbezug) zu einem bestimmten Zeitpunkt abzumelden und einen Nachfolger anzumelden. Dieser Prozess liegt noch nicht formuliert vor. Eine Unterbrechung des Strombezuges bis zum Vorliegen einer Willenserklärung durch den Nachmieter führt zwangsläufig zu deren Verärgerung und zu Unannehmlichkeiten und zu Mehrarbeit für den Netzbetreiber.

Zu Abs. 2 sowie Anhang Pkt. 1.2:

Richtigerweise wurde die Sichtweise der Branche berücksichtigt, wonach der Lieferant den Endverbraucher im Einklang mit den zivilrechtlichen Bestimmungen und **§ 75 Abs. 2 EIWOG 2010** in den Verfahren zu vertreten hat, weggelassen.

Die vorliegende Regelung über Vollmachtsnachweis und –prüfung ist jedoch äußerst mangelhaft. Die Erläuternden Bemerkungen zeigen Missverständnisse im Verordnungstext auf.

Zunächst ist festzuhalten, dass die Wortfolge, wonach die Bevollmächtigung Netzbetreibern und anderen Lieferanten **glaubhaft** zu machen ist, inhaltsleer ist, zumal sie nicht aussagt, wie diese Glaubhaftmachung zu erfolgen hat. Wenn der Anhang möglicherweise so zu verstehen ist, dass die bloße elektronische *Bestätigung*, über eine Bevollmächtigung zu verfügen, ausreichen soll, so **widerspricht dies einerseits der klaren Aussage der Datenschutzkommission in einer gemeinsamen Besprechung zwischen Regulierungsbehörde, Branchenvertretern und Datenschutzkommission im Rahmen der Schaffung der Regelungen für eine Wechselverordnung, andererseits kann dies keinesfalls eine Glaubhaftmachung sein, sondern eine bloße Behauptung.** Eine Glaubhaftmachung könnte nur durch **zwingende** Übersendung der Vollmacht erfolgen. Dies ist im Text der Verordnung jedenfalls zu ergänzen.

Der Anhang differenziert zwischen verschiedenen Formen der Bevollmächtigung und sieht eine „schriftliche“, „elektronische“ und „mündliche“ Bevollmächtigung vor. Wenn damit gemeint sein soll, dass Lieferanten und Netzbetreiber ohne Rücksicht auf deren Verträge nunmehr plötzlich „mündliche“ Vollmachten oder bloße Häkchen auf irgendwelchen ununterschiedenen Online-Formularen akzeptieren sollen, so verlässt der Entwurf die gesetzliche Grundlage: Die Frage der Form der Vollmacht ist als zivilrechtliche Frage den einzelnen Marktteilnehmern vorbehalten. Eine Regelungskompetenz der ECA scheidet hier aus. Außerdem zeigen die Erläuternden Bemerkungen ein Missverständnis hinsichtlich des Zusammenwirkens von Zivilrecht und Datenschutzrecht auf, die eigentlich bereits in der oben erwähnten gemeinsamen Besprechung zwischen Regulierungsbehörde, Branchenvertretern und Datenschutzkommission ausgeräumt wurde. Fragen der Haftung,

etwa eines falsus procurator, betreffen nur zivilrechtliche Fragen, nicht jedoch die Frage der Übermittlung von Daten im Sinne des § 4 DSG 2000. Hinsichtlich der Übermittlung von Daten hat jedenfalls aus datenschutzrechtlichen Gründen eine Prüfung, ob eine Vollmacht vorhanden ist, zu erfolgen. Ein vollautomatisches „Abgreifen“ von Datenbanken ohne Prüfung der Berechtigung zum „Abgriff“ gerade der angeforderten Daten ist daher zunächst aus diesem Grund unzulässig.

Das Vorliegen einer Vollmacht ist auch aus Datensicherheitsgründen zu prüfen – um zu verhindern, dass irgendjemandem Daten über eine andere Person ohne Berechtigung zur Verfügung gestellt werden. Ein vollautomatisches „Abgreifen“ von Datenbanken ohne Prüfung der Berechtigung zum Abgriff gerade der angeforderten Daten ist daher auch deshalb unzulässig.

Die Wortfolge, wonach „(d)afür [...] eine stichprobenartige oder bei begründetem Verdacht erfolgende Prüfung der Bevollmächtigung ausreichend“ ist, ist unrichtig. Die Glaubhaftmachung einer Vollmacht und die Überprüfung der Vollmacht stehen in keinem Zusammenhang. Es entsteht der Eindruck als wolle die ECA die Glaubhaftmachung jenem Teil aufbürden, zu dessen (datenschutz)rechtlicher Absicherung die Beweisführung dienen soll. Gemeint hat die ECA mit ihrer Formulierung möglicherweise, dass sich der datenübermittelnde Netzbetreiber auf Grund der stichprobenartigen ex-post-Nachprüfbarkeit auf die bloße Behauptung der Zulässigkeit der Datenabfrage verlassen darf. Wie bereits ausgeführt, entspricht dies nicht den datenschutzrechtlichen Anforderungen.

Zuletzt ist in diesem Zusammenhang auch darauf hinzuweisen, dass den Erläuterungen zur Verordnung selbstverständlich keine Kompetenz zukommt, bestimmtes Verhalten für haftbar zu erklären oder eine Haftung auszuschließen. Dies haben die Gerichte zu prüfen, weshalb der Satz „Gemäß geltendem allgemeinen Zivilrecht und dem DSG 2000 kann eine Haftung von Netzbetreibern und Lieferanten, wenn sie nicht jede einzelne Vollmacht prüfen, verneint werden“ völlig ins Leere geht.

Zur Formulierung, wonach bei der Übermittlung von Verbrauchsdaten eine Bevollmächtigung jederzeit überprüft werden kann, ist darüber hinaus darauf hinzuweisen, dass von der Regulierungsbehörde ausdrücklich zugesagt wurde, den Austausch von Verbrauchsdaten jedenfalls in einer ersten Stufe nicht vorzusehen. Dies ist klar festzulegen. **Ganz grundsätzlich ist jedoch festzuhalten, dass ein so weitgehender Datenaustausch gesetzlich nicht gedeckt ist. Es handelt sich dabei um keine „notwendigen Daten“ i.S. des § 76 Abs. 3 EIWOG.**

Zu Abs 3: Es ist unklar, von wem welche Willenserklärungen abgegeben werden. Hier ist wohl die Übermittlung der Willenserklärung durch den Lieferanten (nicht durch den Endverbraucher direkt) über die Wechselplattform gemeint. Die Willenserklärung **muss** (anstatt *kann*) über die Wechselplattform zur Verfügung gestellt werden.

Zu § 5 (Verweigerung der Durchführung der Verfahren):

Die beispielhafte Aufzählung von Gründen, bei deren Vorliegen der Lieferant die Einleitung und Durchführung der Verfahren nicht beenden darf, ist grundsätzlich überflüssig. Die Detailregelung ist entsprechend dem Anhang umzuformulieren.

Zu § 6 (Aufgaben der Verrechnungsstelle):

In Abs. 3 ist klarzustellen, dass die Sicherheitsmaßnahmen der Verrechnungsstelle und nicht jener der Elektrizitätsunternehmen angesprochen werden müssen. Ein Hinweis in den Erläuternden Bemerkungen ist hier nicht ausreichend.

Weiters liegt ohne konkreten Anlassfall keine gesetzliche Grundlage für die Protokollierung und Einsichtnahme von E-Control vor.

Zu § 8 (Inkrafttreten und Außerkrafttreten):

Wie bereits grundsätzlich angesprochen, ist der Inkraftsetzungstermin 02.01.2013 faktisch nicht durchführbar und wird daher nachhaltig abgelehnt.

Zum Anhang**Zu 1.1. Bearbeitungsdauer:**

Nach dem **1. Absatz** muss exakt 3 Wochen vor dem Wechseltermin der Wechsel angemeldet werden. – Vereinbart war, dass der Wechsel 15 AT vor Wechsel angemeldet werden muss. Wenn der Wechsel früher oder später angemeldet wird, muss der Netzbetreiber die Wechselanmeldung ablehnen? Es ist eine Vereinheitlichung und Präzisierung vorzunehmen. Auch die Erläuterungen stimmen so nicht mit der Verkürzung auf 12 Arbeitstage überein.

Da an anderer Stelle Reaktionszeiten zwischen 5 Sekunden und 15 Minuten vorgesehen werden, können händische Eingriffe außerhalb der Normalarbeitszeit nicht durchgeführt werden.

4. Absatz: Die Ausführungen betreffend Durchführung bzw. Abbruch innerhalb der vorgesehenen Höchstfrist sind unklar.

Zu 1.2. Vollmacht:

- Es ist abzulehnen, dass der Netzbetreiber Vollmachten weiterleitet und wurde so auch nicht im Projekt vereinbart. Der letzte Satz des 1. Absatzes ist zu streichen, da dies prozesstechnisch auch nicht erforderlich ist
- Die Formulierung in den Erläuterungen, wonach die Vollmachtsprüfung nur einmal pro Zählpunkt vorgenommen werden kann, ist nach unserer Ansicht so zu verstehen, dass dies den jeweiligen Marktteilnehmer betrifft. Dies wäre noch ausdrücklich zu ergänzen
- Im Übrigen wird auf die Ausführungen zu § 4 verwiesen.

Bei der Kündigung ist auch die Übermittlung der Vollmacht an den aktuellen Lieferanten notwendig.

Die Prüfung der Vollmacht muss jederzeit (ausdrücklich dann, wenn die Überprüfung nicht prozessverzögernd ist) möglich sein. Die Forderung nach der einmaligen Prüfung kann nur innerhalb eines Verfahrens gelten.

Auch muss eine Vollmacht erneut geprüft werden können, wenn sich die ID der Vollmacht ändert und man nicht davon ausgehen kann, dass es sich um die bereits überprüfte Vollmacht (bzw. Bevollmächtigung) handelt (Beispiel: Datenabfrage mit Vollmachtsprüfung und Wechsel ein Jahr später. Dann darf man die Vollmacht nicht mehr prüfen?).

Wie sollte der Netzbetreiber wissen, ob der Lieferant eine Vollmacht hat, diese aber nicht gesendet hat?

Offen ist auch die Frage, wie lange eine Vollmacht evident gehalten werden muss.

Was ist mit Übermittlung einer Lieferbestätigung gemeint?

Bei Neuanmeldung ohne Vollmacht wird der Netzbetreiber nicht recherchieren sondern auf die Bestätigung durch den Kunden warten.

Zu 4. Absatz: Es ist abzulehnen, dass der Netzbetreiber Nachforschungen über den Verbleib der Vollmacht anstellt.

Zu letzter Absatz: Die Abmeldung durch den neuen Lieferanten ist gemäß dem derzeitigen Stand der Prozessgestaltung nicht möglich.

Zu 2.1.1 Zählpunkt- und Endverbraucheridentifikation beim Netzbetreiber:

Grundsätzlich

- **Bei allen Punkten zur Abfrage wurde der Vorname weggelassen.** Es war klar vereinbart, dass der Vorname verpflichtend anzuführen ist
- Die Variante 1 Zählpunktsbezeichnung und Nachname bzw. Firmenname oder Postleitzahl ist unrichtig, zumal es bei dieser Suche für den Netzbetreiber nicht möglich ist, korrekte Daten zu finden. Punkt 2 sagt aus, dass der Zählpunkt und die Postleitzahl genügen. Somit kann nicht festgestellt werden, ob der Kunde richtig ist. Ein Name muss ja gar nicht angeführt werden
- Die Formulierung, wonach bei nicht eindeutigem Ergebnis nach Prüfung der Mindestdaten durch den Netzbetreiber zwar weitere Versuche zur Identifizierung gesetzt werden sollen, andererseits bei nicht übereinstimmenden Daten nicht notwendigerweise ein Abbruch erfolgen darf, ist unklar, zumal nicht eindeutig geregelt ist, welche Schritte konkret gesetzt werden müssen
 - Die nunmehrige **24-Stunden-Frist** ist nach wie vor zu knapp

- Fragen zur Fristberechnung, wie sie sich nun in den Erläuternden Bemerkungen finden, sollten in den Verordnungstext bzw. den Anhang übernommen werden, um rechtliche Wirkungen entfalten zu können. **Gerade die Regelung über den Fristbeginn** („Langt ein Datensatz beim Empfänger an Arbeitstagen zwischen einer Zeit von 9 bis 17 Uhr ein, beginnt der Fristenlauf mit dem Zeitpunkt des Einlangens des Datensatzes. Sollte dieser Datensatz außerhalb dieser Zeit einlangen, beginnt der Fristenlauf um 9 Uhr des darauffolgenden Arbeitstages. Der Fristenlauf selbst erfolgt, unbeschadet der vorgesehenen Regelung für seinen Beginn, an Arbeitstagen von 0:00 Uhr bis 24 Uhr. An Wochenenden und Feiertagen wird der Fristenlauf unterbrochen.“) **sollte in die Verordnung oder den Anhang selbst unbedingt aufgenommen werden.**

Der zweite Satz lautet richtig: „Die **Plattform** hat zu gewährleisten ...“

Im viertletzten Absatz letzter Satz („Mit Angabe von *Mindestdaten* ...“) ist ungeklärt, ob hier auch alle Zählpunkte übermittelt werden müssen, wenn die Zählernummer angegeben wird.

Die im drittletzten Absatz vorgesehene Prüfung der Mindestdaten läuft auf eine händische Überprüfung hinaus und wird mit Nachdruck abgelehnt.

Im vorletzten Absatz (*Ist eine Identifikation dennoch ...*) ist unklar, was der Unterschied zw. nicht identifiziert und nicht eindeutig identifiziert ist.

Nach dem letzten Satz hat der Netzbetreiber die durch den neuen Lieferanten gestellte Anfrage zur Übermittlung von Daten innerhalb von 12 Stunden zu beantworten. In den Gesprächen wurden 4 Arbeitstage vereinbart. Andernfalls müsste der Netzbetreiber einen 24-Stunden-Dienst einrichten.

Zu 2.1.2 (Bindungs- und Kündigungsfristenabfrage beim aktuellen Lieferanten):

- Im zweiten Satz fehlt der Vorname
- Die Antwort "Liefervertrag endet automatisch" fehlt
- Auch hier sind die vorgesehenen Fristen zu knapp. Im Zuge der Automatisierung muss die gesamte Statuslogik den IT-technischen Erfordernissen angepasst werden.

Zu 2.3. (Eigentlicher Wechsel):

Grundsätzlich

- Der Grund des Stornos und das Befüllen des Bemerkungsfeldes wurden bislang als lediglich optional angeführt. Die nun vorgesehene verpflichtende Stornobegründung hat für die Netzbetreiber keinerlei Relevanz und ist daher völlig entbehrlich
- Nicht verständlich ist, warum der neue Lieferant den Endverbraucher umgehend über den Wechseltermin zu informieren [und ...] der neue Lieferant dem Endverbraucher seine Kontaktdaten bekanntzugeben“ hat. Der Endverbraucher muss die Daten

ohnedies kennen, sonst hätte er kein Vertragsverhältnis eingehen können. Die Frist der fünf Arbeitstage für eine Umstellung ist zu lange, weil passieren kann, dass eine Abfrage zum ZP kommt und der falsche Lieferant gemeldet wird, weil die Zuordnung noch nicht geändert wurde

- Die Meldung „kein Einwand erhoben“ macht nur in Verbindung mit einer Bearbeitungsfrist von max. 2 AT Sinn
- Die Ablesung durch den Netzbetreiber ist kostenpflichtig. Warum darauf nicht in der VO hingewiesen wird, ist nicht ersichtlich. In den derzeit gültigen Marktregeln wird darauf hingewiesen
- Zum dritten Absatz: Die EC-Nummer ist für die Netzbetreiber ohne Relevanz.

Zu 1. Absatz: Die Einleitung des Wechsels muss an jedem Arbeitstag möglich sein.

Zu 2. Absatz: Storno bis spätestens ein Arbeitstag vor Bestätigung des Wechseltermins durch den Netzbetreiber → die Festlegung des Wechseltermins erfolgt immer durch den Lieferant NEU!

Zu 3. Absatz: Die EC-Nummer muss bei Rechnungslegung an den Lieferanten nicht gesendet werden! Vorleistungsmodell wird nur mit jenem Lieferant vereinbart, welcher den ZP beliefert.

Zu 2.2.2 (Prüfung auf Verfahrensüberschneidung):

Zu 1. Absatz: Wenn sich Wechsel überschneiden, wird nicht zwangsweise der letzte einlangende Wechsel abzuberechnen sein.

Zu 3. Absatz: Die Übermittlung des Lastprofils der letzten 24 Monate verursacht unverhältnismäßigen Aufwand und sollte aus diesem Grund gestrichen werden. In den Gesprächen wurde die Übermittlung des Lastprofils der letzten 12 Monate vereinbart.

Zu 2.2.3 und 2.2.4:

Der aktuelle Lieferant hat gemäß Pkt. 2.2.3 des Anhangs zum Verordnungsentwurf jedenfalls die Möglichkeit, einen Einwand gegen den Wechsel einzulegen, falls seiner Ansicht nach das Liefervertragsende auch nach dem Wechseltermin weiter aufrecht ist. Beharrt der neue Lieferant weiterhin auf einem Wechsel, so ist dabei zumindest sicherzustellen, dass der Kunde über den Einwand, die Beharrung und allfällige sich daraus ergebende zivilrechtliche Schadensersatzforderungen gegen ihn umgehend informiert wird (Punkt 2.2.4, Abs. 2 „muss“ statt „kann“). Der Kunde muss jedenfalls die Gelegenheit haben, den Wechselprozess an dieser Stelle abzuberechnen, insbesondere wenn ihm bei Erteilung des Wechselauftrags an den neuen Lieferanten die Bindung beim aktuellen Lieferanten noch nicht bewusst ist. Die Art und Weise dieser Information (Post, Mail, usw. ...) sowie die dafür vorgesehene Dauer ist im Detail anzuführen.

Zu 2.2.3 (Erhebung eines Einwands aus zivilrechtlichen Gründen):

Die Information, aus welchen Gründen ein Einwand erhoben wurde, benötigt der Netzbetreiber nicht.

Zu 2.2.4 (Prüfung auf Beharrung): Die im zweiten Absatz vorgesehene 48-Stunden-Frist entspricht keinen 2 Arbeitstagen und ist anzupassen. In den Gesprächen wurde vereinbart, dass die Fixierung durch den Netzbetreiber immer 2 Arbeitstage vor Wechselstichtag erfolgt und keine Abhängigkeit zur Durchführungsdauer der vorgelagerten Verfahrensschritte hat (andernfalls wäre auch der Termin, bis zu dem ein Storno möglich ist, variabel).

Zu 2.2.5 (Abschluss des eigentlichen Wechsels durch Lieferantenzuordnung):

Zu Abs. 2: Nach Fixierung durch den Netzbetreiber ist keine Bestätigung durch den neuen Lieferanten vorzusehen – das wurde nicht so diskutiert bzw. im Prozessdokument festgelegt.

Zu 2.3: Dieser Absatz bedarf einer Präzisierung. Die Verbrauchsdatenübermittlung soll ausschließlich an den alten Lieferanten erfolgen und nicht an den neuen Lieferanten, da dieser sie nicht benötigt.

Zu 3. (Neuanmeldung):

Der Anmeldeprozess sollte so gestaltet werden, wie dies in den Branchengesprächen vereinbart wurde.

Zu 2. Satz: (Eine automatisierte Abwicklung der Verfahrensschritte ist mit Ausnahme der Suche nach der Anlagenadresse im System des Netzbetreibers nicht zwingend erforderlich.)

Auch die Suche nach der Anlagenadresse ist meist nicht automatisch möglich (Adresse könnte ggf. noch gar nicht im Netzbetreibersystem vorhanden sein).

Zu 3.1.1 (Identifikation der Anlagenadresse):

Die Identifikation der Anlagenadresse kann nicht innerhalb 24 Stunden erfolgen, wenn z. B. beim Netzbetreiber erst durch die Anmeldung bekannt wird, dass eine Anlage errichtet werden sollte.

Sollte diese Vorgabe aufrechterhalten werden, werden derartige Fälle beim Netzbetreiber nicht mehr evident gehalten sondern nach 24 Stunden abgelehnt.

Die Identifikation der Anlagenadresse wurde als integrierter Bestandteil der Anmeldung vereinbart – nun ist es ein von der Anmeldung losgelöster Prozess.

Es wurde in den Vorgesprächen mehrmals angesprochen, dass es derzeit **3 Anmeldevarianten** in den SoMa Kapitel 5 gibt. Diese wurden nach monatelanger Diskussion zu den SoMa Kapitel 5 Version 3.6 eingeführt – in der Verordnung sind diese nicht wiederzufinden.

Die Datenabfrage wurde lt. Prozessdokument V09 in den Anmeldeprozess als optional integriert und nicht als separater Prozess abgebildet.

Bei Neuanmeldungen wird ein Netzbetreiber den Kunden zu einer Anlagenadresse meist nicht finden!

Zu 3.1.2 (Durchführung der Neuanmeldung):

Die, in der Tabelle angeführte, standardisierte Meldung „Aufrechter Energieliefervertrag“ und die Anmerkung sagen aus, dass sich der bestehende Kunde vorher abmelden muss. Dies wurde nicht vereinbart. Es wurde vereinbart, dass – wie im jetzigen Prozess – der neue Kunde in die Anlage einzieht und für den bestehenden Kunden der Auszug fingiert wird. Anders ist der Ablauf im Massenkundengeschäft nicht zu bewältigen

Endverbraucher bereits **an der Anlagenadresse vorhanden**. Besser wäre „Endverbraucher bereits angemeldet“.

24 Stunden sind kein Arbeitstag. Auch ein Arbeitstag ist für die Klärung bei Anmeldung im Einzelfall zu kurz.

Die Anmeldevarianten „Anmeldung durch Kunde + Lieferbestätigung“ und „Anmeldung durch Kunde und Lieferant“ sind nicht beschrieben!

Wir verweisen dazu auf die geltenden Marktregeln.

Die EC-Nummer für den Netzrechnungsempfänger ist nicht erforderlich.

Für die Bestätigung der Neuanmeldung durch den Netzbetreiber sind 10 Arbeitstage nach Durchführung der Anmeldung bei synthetischen ZP bzw. 5 Arbeitstage bei LPZ-gemessenen festzulegen.

Zu 3.2.2 (Wiederinbetriebnahme, Anlagenerweiterung oder erstmalige Inbetriebnahme):

In diesen Fällen muss die Fertigstellungsmeldung des Elektrikers vorliegen. Sonst ist die Wiederinbetriebnahme nach 10 Arbeitstagen nicht möglich.

Zu 4. (Widerspruch):

Dieser Punkt widerspricht dem Gesetz und ist zu streichen. Eine Regelung dazu wäre allenfalls in den Marktregeln vorzusehen.

Zu 5. (Abmeldung):

- Die Kommunikation außerhalb der Plattform für diesen einen Prozess scheint nicht sinnvoll zu sein. Unklar ist, ob nunmehr alle befristeten Verträge abgemeldet werden müssen

- **Die Formulierung in den Erläuternden Bemerkungen, wonach der E-Control auf Verlangen jederzeit Einsicht in die Protokollierung zu geben wäre, findet weder im Gesetz noch im Verordnungstext Deckung und ist daher abzulehnen**
- Wir verweisen inhaltlich dazu auf die geltenden Marktregeln.

Zu 5.2 (Beendigung des Energieliefervertrages aus anderen Gründen):

Die Meldung „*Vertrag zur Belieferung mit Energie endet zum JJJJMMTT aufgrund Auszug*“ ergibt über XML-Format keinen Sinn.

Bei der Datenauflistung fehlt „Optionaler Zählerstand“.

Übersendung „*bis spätestens 5 Arbeitstage ab Übermittlung der Daten durch den aktuellen Lieferanten*“

Folgende Richtigstellung ist erforderlich: 5 Arbeitstage nach Durchführung der Abmeldung – nicht ab Übermittlung durch den Lieferanten.

Bei Nichtübereinstimmung oder Unvollständigkeit der Daten Übersendung einer standardisierten Meldung bis 24 Stunden ab Übermittlung der Daten durch den aktuellen Lieferanten: 24 Stunden sind kein Arbeitstag!

Zu 2. Absatz: Festlegungen betreffend Versorgung in letzter Instanz sind in den allgemeinen Bedingungen der Lieferanten zu regeln und sollen nicht Gegenstand der Wechselverordnung sein.

Zu 4. Absatz vorletzter Satz („*Wahlweise kann ...*“): Die Übermittlung erfolgt nur über die Plattform. Daher ist die Wortfolge „*außerhalb der Wechselplattform*“ zu streichen.

Wir verweisen dazu inhaltlich auf die geltenden Marktregeln.

Zu 6. (Anforderungen an die Wechselplattform und an die daran angebundenen Systeme):

Die im gesamten Punkt 6 vorgesehenen Festlegungen sind unzureichend und können eine Spezifikation für die Wechselplattform als auch für die Marktteilnehmerprozesse nicht ersetzen. Damit ist auch ein Beginn der Implementierung nach Rechtskraft dieser Verordnung nicht möglich.

Zu 6.2: Die vorgesehene Festlegung betreffend die Datensatzverarbeitung erfordert zahlreiche technische Arbeitsschritte. Bei den Marktteilnehmern sind bei einem Arbeitsschritt mehrere unterschiedliche IT-Systeme betroffen. Eine Durchschnittszeit von 5 Sekunden würde einen wesentlichen Kostentreiber für die Implementierung und den Betrieb des Gesamtsystems bedeuten. Der zweite Satz wäre daher zu streichen.

Zu 6.3: Die Darstellung, wie Datensatznummern vergeben werden müssen, wurde nie mit der Branche diskutiert – diese Vorgaben lt. Verordnung in Sonstige Marktregeln umzusetzen, schränkt technisch sinnvolle Varianten massiv ein und ist daher abzulehnen.

Zu 6.6: Verfügbarkeit bis 19:00 Uhr, da ab diesem Zeitpunkt oft Offline-Sicherungen; Custo-
mizing-Transporte und Wartungen durchgeführt werden.

Zu 6.7: Es wurde in den Branchengesprächen vereinbart, dass die Vollmachtsprüfung nicht an die Wechselplattform gemeldet werden muss.

Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Anmerkungen.

Mit freundlichen Grüßen

DI Dr. Peter Layr
Präsident

Dr. Barbara Schmidt
Generalsekretärin